



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Klimabilanz in Gesetzeshandeln aufnehmen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a) künftig alle Gesetzentwürfe und Verordnungen auf die zu erwartenden Treibhausgasemissionen zu prüfen und die quantifizierten Emissionen sowie ihre Vereinbarkeit mit den deutschen Klimazielen darzustellen,
 - b) sich auf Bundesebene für ein rechtsverbindliches CO₂-Budget zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels einzusetzen, ein CO₂-Budget für Sachsen-Anhalt abzuleiten und die Ausbauziele der Erneuerbaren Energien und Effizienzanstrengungen in allen Abteilungen diesem Budget anzupassen.
2. Die Landesenergieagentur (LENA) soll die Klimafolgenabschätzung aller eingereichten Gesetzentwürfe bewerten und zukünftige Auswirkungen auf das Klima, die das Land Sachsen-Anhalt betreffen, qualitativ bewerten und relevante Erkenntnisse darstellen.

Begründung

Im Dezember 2015 wurde in Paris das Klimaabkommen beschlossen, in dem sich die Weltgemeinschaft darauf verständigt hat, dass der „Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.“

https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf.

Fünf Jahre sind seitdem vergangen. Uns wird bewusst, dass es höchste Zeit ist, Klimaschutz auf allen politischen Ebenen zu verankern. Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe und so müssen wir auch handeln, um die Klimakrise in den Griff zu bekommen. Demzufolge ist es für uns dringend erforderlich, auch im Gesetzgebungswesen den Klimaschutz zu verankern, indem die Klimawirkung von Gesetzen notwendigerweise geprüft und in Einklang mit den Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen gebracht werden müssen.

In seinem Umweltgutachten 2020 stellt der Sachverständigen Rat für Umweltfragen (SRU) fest: „Unsere Wirtschafts- und Lebensweisen müssen sich verändern, um ökologische Grenzen einzuhalten.“ Gerade in der Klimapolitik erkennt der SRU zwar Fortschritte, die allerdings angesichts der drohenden Erdüberhitzung unzureichend sind. Grundlegend sei für ihn, aus dem Pariser 1,5°-Ziel ein deutsches CO₂-Budget abzuleiten und die Ziele der Energiewende danach auszurichten.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender